

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 24, 2. Dezember 1998

rechts

Einblicke

Gräben aufreißen

Von Heiner Lichtenstein

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sagt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich dem Eisenman-Entwurf jemals meine Stimme geben werde.“ Von Peter Eisenman stammt der zuletzt favorisierte Entwurf für ein Holocaust-Denkmal in Berlin. Diepgen hat häufig Schwierigkeiten, sich etwas vorzustellen. Nicht nur, aber auch darin unterscheidet er sich vom Bundespräsidenten. Der hat, als er kürzlich Israel besuchte, einen bemerkens- und bedenkenswerten Vorschlag gemacht. Als Alternative zu einem zentralen Mahnmal regte Roman Herzog an, überall dort Gedenktafeln anzubringen, „wo Synagogen niedergebrannt worden sind, an Bahnhöfen, von denen Juden ins Konzentrationslager gebracht wurden, an Häusern, in denen prominente Juden leben“.

Die Anregung verdient Beachtung. Mit solchen Tafeln, verstreut über die ganze Republik, könnte an der Basis die Erinnerung wachgehalten werden. Gemeindeparlamente landauf, landab müßten das Pro und Contra debattieren. Das Thema würde Gräben aufreißen, was gut wäre, weil es dem Trend zum Wegschauen a la Martin Walser entgegenwirkte. In Berlin gibt es schon an dem Bahnhof ein Mahnmal, wo für die meisten Berliner Juden die Reise in den Tod begann. In der Kölner Innenstadt weisen ins Straßenpflaster eingelassene Platten den Weg der Kölner Sinti und Roma zum ehemaligen Sammellager, von dem aus es nach Auschwitz ging. Für Bahnhöfe ist die Deutsche Bahn zuständig. Folglich müßte von der Zentrale in Frankfurt bis zu den örtlichen Bahnhofsvorstehern zwischen Rhein und Oder diskutiert werden. Die Republik wäre gezwungen, Rückschau zu halten. Die Zeit dafür ist reif.

Roman Herzog hat den 27. Januar, den Befreiungstag von Auschwitz, zum Holocaustgedenktag ausgerufen. Seitdem gibt es Jahr für Jahr zu diesem Datum ungezählte Initiativen. Dem Vorschlag mit den Mahntafeln ist eine Lawine von Reaktionen zu wünschen.

Richtungswechsel

Der „Republikaner“-Chef Schlierer hat nun doch Kontakt mit der im rechtsextremen Spektrum konkurrierenden DVU aufgenommen. **Seite 2 ■**

40 Jahre Zentralstelle

Die Ludwigsburger „Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ hat sich um die Bundesrepublik verdient gemacht. **Seite 4 ■**

Wechsel der Fronten

Mancher einer aus der alten Linken ist heute gerngesehener Gast bei der ganz Rechten. **Seite 6 ■**

Braune Gastronomie

Das Berliner „Cafe Germania“ mußte zwar schließen, aber die rechtsextreme Szene plant weitere Kneipenprojekte. **Seite 8 ■**

Chancenlose Rechte

In den Niederlanden ist der Rechtsextremismus erfreulich zurückgegangen. Eine der Parteien wurde jetzt auch verboten. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Nach rechts rudern**

Der „Republikaner“-Chef Rolf Schlierer hat jetzt doch - entgegen vorheriger Beteuerungen - Kontakte mit der Konkurrenzpartei DVU aufgenommen.

Für Überraschung sorgte der Vorsitzende Rolf Schlierer auf dem Parteitag der „Republikaner“ am 21./22. November im niederbayerischen Hinterskirchen. Schlierer, der in den vergangenen Jahren stets peinlichst darauf bedacht war, seine REP von den rechtsextremen Parteien DVU und NPD deutlich abzugrenzen, erklärte dort zum ersten Mal öffentlich, daß er ein Gespräch mit der „Deutschen Volksunion“ geführt habe. Mit wem er gesprochen habe, da zögerte Schlierer zwar zunächst und wollte dies erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben. Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey ließ jedoch die Gelegenheit nicht ungenutzt, mit einer Presseerklärung das am 18. November zwischen ihm und Rolf Schlierer stattgefundene Gespräch zu bestätigen - was somit von den REP ebenfalls offiziell eingeräumt werden mußte.

Der in Hinterskirchen zum dritten Mal (mit 81,5 Prozent) gewählte REP-Parteichef konnte sich mit diesem Kursschwenk der Unterstützung seiner Mannschaft sein. Unmut über den strikten Abgrenzungskurs Schlierers von den anderen rechtsextremen Parteien, dem die Schuld an dem Debakel der REP bei den bayerischen Landtagswahlen und den Bundestagswahlen gegeben wurde, hatte sich schon länger in der Partei breitgemacht. Von Verfassungsschützern wurden auf Kreisebene auch immer wieder Kontakte von „Republikanern“ mit Vertretern rechtsextremer Parteien wie DVU oder NPD festgestellt. Schlierers langjähriger Vertrauter Christian Käs, Partei-Vize, baden-württembergischer REP-Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter, wollte ursprünglich auf dem Parteitag gegen Schlierer um das Amt des Vorsitzenden antreten. Käs zog seine Kandidatur jedoch - nicht zuletzt wohl auch wegen erkennbar fehlender Unterstützung der Parteitagsdelegierten - dann kurz vor der Wahl zurück. Er sehe einen tiefen Graben, er wolle eine Brücke schlagen, dafür Sorge tragen, daß Einigkeit in der Partei herrsche, denn Einigkeit sei die Voraussetzung für Erfolg, begründete der stellvertretende Bundesvorsitzende seinen Schritt. Sein Kontrahent und Vorsitzender Schlierer hatte Käs,

der als Verfechter einer Öffnung der „Republikaner“ nach rechts gilt, allerdings mit seinem Schwenk in Richtung DVU schon den Wind aus den Segeln genommen: Der politische Gegner der REP seien Rot/Grün und die Union und nicht das rechte Lager, so schloß Schlierer seine Grundsatzrede, die von den anwesenden rund 500 Delegierten und Gästen mit freundlichem Beifall - allerdings keine standing ovations wie bei seinem Vorgänger Franz Schönhuber - quittiert wurde.

■ „Unerträgliche Hetzartikel“ ■

Ein schwieriger Spagat, den der Parteivorsitzende nun vollziehen muß. Dies wurde auch deutlich durch die von Schlierer auf dem Parteitag immer wieder angesprochene Verfassungskonformität der REP, mit der Betonung, es werde keinen Kurswechsel der Partei geben. Dazu seien im übrigen die Delegierten des Parteitages viel zu klug, meinte Schlierer. Der Parteivorsitzende beteuerte zudem, nicht Kooperation mit der DVU sei das Ziel, sondern die Verhinderung der Konkurrenzsituation im rechten Lager und Zersplitterung des entsprechenden Wählerpotentials. Ob nun offizielle Kontakte mit einer Partei, deren Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie amtlicherseits jedenfalls angezweifelt wird, hilfreich sind, die vehement beklagte „Verfassungsschutzkeule“ gegenüber den REP zu entschärfen, ist eher fraglich. Noch vor Jahresfrist hatte Schlierer die Zusammenarbeit mit der DVU wegen der „unerträglichen Hetzartikel der Frey-Presse gegen die Parteispitze der Republikaner ...“ abgelehnt (so die Parteizeitung „Der Republikaner Nov.97). Auch im Vorfeld der Wahlen sprach sich Schlierer noch explizit gegen die DVU aus, die „das sogenannte rechte Lager diskreditiert“ habe („Republikaner“ Mai 98). Umgekehrt war von Gerhard Frey keine Sympathie „für die derzeitige >Führung<“ der REP zu verspüren, die alles täte, um „die nationale Einigung zu torpedieren“. Möglicherweise sind derartige Streitereien auch nur der Konkurrenz geschuldet, denn inhaltlich hat Schlierer sich nicht, und auch nicht in Hinterskirchen, von den Positionen der DVU distanziert.

Offen gehalten werden soll laut Schlierer im Hinblick auf die kommenden Wahlen weiterhin die Option mit der ostdeutschen DSU. Aber leid scheint es Schlierer nun offensichtlich geworden zu sein, um die Gunst des von ihm lange Zeit favorisierten „Bundes Freier Bürger“ - eine 0,6 Prozent-Gruppierung, so Schlierer - zu werben. Auch im Vor-

feld der hessischen Landtagswahl hätten die Gespräche zu keinem Erfolg geführt. Ob es zu Absprachen mit der DVU schon zu den Europawahlen im nächsten Juni kommen wird, dazu wollte Schlierer auf Befragung nichts Näheres sagen. Bei den anstehenden hessischen Landtagswahlen hat die DVU allerdings vorher keinerlei Absicht zur Kandidatur erkennen lassen, so daß diesbezüglich geführte Gespräche eigentlich sinnlos gewesen wären.

Wie es die „Republikaner“ offiziell weiterhin mit der Abgrenzung nach rechts halten, war denn auch immer wieder aufkommendes Thema in Hinterkirchen. Versichert wurde den Delegierten mehrfach, daß der auf dem Parteitag in Ruhstorf vom Juli 1990 gefaßte Abgrenzungsbeschuß gegenüber extremistischen Funktionären keine Gültigkeit für einfache Mitglieder aus anderen rechtsextremen Parteien habe. Bekräftigt wurde diese Haltung noch durch eine verabschiedete Resolution, in der von „einer Atmosphäre der nationalen Selbstgeißelung“ die Rede ist, daß bei den „Republikanern“ alle „konstruktiven und demokratischen Patrioten“ willkommen seien, gleich woher sie kämen. Abgelehnt wurde allerdings - auf Empfehlung des Bundesvorstandes - ein Antrag, den Ruhstorfer Abgrenzungsbeschuß gleich außer Kraft zu setzen. Schlierer legte seinen Anhängern noch nahe, die „inhaltliche, personelle und verbale Trennlinie“ zum neonazistischen Kameradschaftsmilieu aufrechtzuhalten. Das habe nichts „mit Ausgrenzung zu tun, sondern mit unserem politischen Überleben“.

■ 200.000 Mark veruntreut ■

In seiner Parteitagsansprache betete Schlierer das übliche REP-Vokabular herunter, in leicht modifizierter Form. Zum Thema Euro hieß es beispielsweise, daß der „Raub der D-Mark“ zwar „schlimme Folgen“ haben werde, der Euro aber nicht mehr verhindert werden könne. Die Schicksalsfrage laute heute vielmehr, entsprechend dem Parteitagsmotto „Deutschlands Zukunft als Nationalstaat ins 21. Jahrhundert“, und darauf müsse die deutsche Rechte die Antwort geben, forderte Schlierer. Die nationale Frage sei zunehmend die soziale Frage und Voraussetzung für inneren und äußeren Frieden. Die REP wehrten sich gegen die „zunehmende Deutschenfeindlichkeit in Deutschland“, kämpften für den „Erhalt unserer Identität und der Identität dieses Landes als der Heimat der Deutschen“, in einem Deutschland „ohne monströse Denkmäler, die dauernd nur von Schuld reden“. Es müsse

Schluß sein mit der endlosen Vergangenheitsbewältigung, die REP forderten eine Zukunft mit aufrechtem Gang. Härtere Töne waren dann aus dem Publikum zu vernehmen: den Deutschen würde wegen Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts das Land gestohlen, man müsse für ein deutsches Deutschland kämpfen, mehrere Delegierte traten für eine Zusammenarbeit mit NPD/DVU ein.

Gänzlich ungeschoren ließen die Parteitagsdelegierten auch ihren Vorsitzenden Rolf Schlierer nicht davonkommen. Zwar folgten sie weitgehend seinen Vorschlägen, was den organisatorischen Ablauf der Veranstaltung anbelangte. Bei der Auswahl seiner fünf Stellvertreter mußte Schlierer allerdings schon einen Dämpfer einstecken. Entgegen Schlierers Votum wählten die Delegierten nämlich seinen Widersacher und bisherigen Parteivize Christian Käs, der trotzdem zum Stellvertreter kandidierte, wieder in sein Amt. Neben Käs wurden noch die von Schlierer empfohlenen Kandidaten Frank Rohleder (sächsischer Landesvorsitzender) und Werner Müller (REP-Landesvorsitzender Berlin) zu Schlierers Stellvertretern bestimmt. Auch die bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett und Johann Gärtner wurden in ihren Ämtern bestätigt. Verschiedene Delegierte machten aber ihrem Unmut über den Bundesvorsitzenden Luft: Kritik wurde geäußert an der von Schlierer übernommenen Strafverteidigung eines wegen Sexualmordes angeklagten und verurteilten Türken Anfang des Jahres, was damals innerparteilich doch erheblichen Zorn aufkommen ließ. Schon eingangs setzte sich Schlierer gegen Unterstellungen zur Wehr, er habe von der Partei ein Anwaltshonorar von DM 100.000 erhalten, was von ihm scharf zurückgewiesen wurde.

Das hätte wohl auch der keineswegs rosigen finanziellen Situation der Partei nicht gutgetan. Der Parteivorsitzende mußte nämlich zugeben, daß der frühere Bundesgeschäftsführer Tomaszewski über 200.000 Mark in die eigene Tasche gewirtschaftet habe. Als dies dann endlich aufgefallen sei, habe er bei seiner fristlosen Kündigung schließlich zu guter Letzt noch über 70.000 Mark aus der Parteikasse entwendet. Und trotz Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft macht man sich wohl keine großen Hoffnungen, den Fehlbetrag wiederzusehen. Schon vor Jahren hatte ja schon der frühere Schatzmeister Pahl die Partei in ein finanzielles Desaster gestürzt, als er wegen Fristversäumung für die Beantragung der staatlichen Gelder weit mehr als zwei Millionen Mark in den Sand setzte.

Gabriele Nandlinger

NS-Vergangenheit**Um die Demokratie verdient gemacht**

Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg wird 40 Jahre alt. Sie hat maßgeblich zur Aufklärung und Verfolgung von NS-Verbrechen und damit zu einem positiven Bild Deutschlands im Ausland beigetragen.

Als Ende 1988 die Einrichtung 30 Jahre alt wurde, gab es an Ort und Stelle ein hochkarätig besetztes Symposium mit Experten aus Israel, den USA, Polen, der CSSR und den Niederlanden. Gastgeber war der Justizminister von Baden-Württemberg, Heinz Eyrich. Auch nach 40 Jahren besteht Anlaß, auf diese Institution stolz zu sein: Die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg bei Stuttgart. Die Leiter der Sonderkommissionen für NS-Verbrechen in Jerusalem, Washington, Warschau, Prag und Den Haag berichteten damals ausführlich über den Stand ihrer Arbeit und die Probleme, NS-Verbrechen mehr als 40 Jahre nach der Befreiung aufzuklären.

Die Zahl 40 sollte stützig machen und Anlaß zum Rechnen sein. Dreißig Jahre vor 1988 schrieb man 1958. In jenem Jahr hatten die Sonderkommissionen in den meisten von den Nazis unterjochten Staaten oft mehr als zehn Jahre intensiver Arbeit hinter sich, Israel ausgenommen, weil dieser Staat erst 1948 gegründet worden war. Aber Yad Vashem, die entsprechende Einrichtung in Jerusalem, nahm schon kurz nach der Staatsgründung ihre Tätigkeit auf. Hierzulande hingegen war bis 1958 nichts unternommen worden, um wenigstens eine zentrale Ermittlungsbehörde zu schaffen. Die Staatsanwaltschaften zwischen Flensburg und Kempten ermittelten vor sich hin, niemand wußte, was der andere bearbeitete, hier wurde forsch ermittelt, dort eher zögerlich. Nicht zuletzt Konrad Adenauer hatte den Eindruck erweckt, die Zeit der NS-Prozesse näherte sich ihrem Ende, als er den Hohen Kommissar der US-Besatzungszone, John McCloy, Mitte der 50er Jahre in Bremen verabschiedete. Die Bundesrepublik sei, so der Kanzler, den USA dankbar dafür, die „Drecksarbeit“ der NS-Prozesse übernommen zu haben - als handle es sich bei den Strafverfahren wegen NS-Verbrechen um schmutzige Arbeit und nicht um Prozesse der Selbstreinigung.

Davon war freilich damals nicht die Rede. Der Koreakrieg und der Kalte Krieg beherrschten die Köpfe, und nur ein kleines Häuflein von Politikern, Juristen und Journalisten wollte keinen neuen Anfang ohne Abrechnung mit der Vergangenheit. Zu ihnen gehörten die Justizminister und -senatoren der Bundesländer.

Der Anstoß, endlich auch in der Bundesrepublik systematisch in Sachen NS-Verbrechen etwas zu tun, kam freilich von außen und zwar ausgerechnet von einem NS-Verbrecher. Sein Name: Bernhard Fischer-Schweder. Der hatte als Polizeidirektor von Tilsit 1941 beim Überfall auf die UdSSR als Führer eines Einsatzkommandos an Massenmorden teilgenommen. Etwa zehn Jahre nach der Befreiung bewarb er sich in Ulm um die Leitung eines Flüchtlingslagers - unter falschem Namen, um seine Vergangenheit zu vertuschen. Die Sache kam in die Presse, und nun erinnerte sich ein Zeitzeuge an diesen Einsatzkommandochef. Das war 1956. Er zeigte ihn an, Fischer-Schweder wurde mit neun weiteren SS-Leuten angeklagt. Am 29. August 1958 ergingen die Urteile. Fischer-Schweder erhielt wegen Mordbeihilfe zwölf Jahre Zuchthaus, die neun anderen Beschuldigten bekamen Zuchthausstrafen zwischen drei und 15 Jahren.

■ Unter dem Druck der Verjährung ■

Dieser Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß machte der Öffentlichkeit und damit auch den Justizministern klar, daß viele große Verbrechenskomplexe nicht einmal in Ansätzen bearbeitet waren - etwa jene schauerlichen Massenmorde der Einsatzgruppen. Deren Opfer waren Juden, Polit-Kommissare, „Zigeuner“ und „Partisanenverdächtige“, zu denen auch Kinder gehörten. Nicht nur, aber auch unter dem Druck der Öffentlichkeit, beschlossen nach dem Urteil von Ulm die Justizminister am 3. Oktober 1958 in Bad Harzburg, eine zentrale Ermittlungsbehörde zu schaffen, die am 1. Dezember 1958 - also vor 40 Jahren - in Ludwigsburg mit der Arbeit begann.

Die Staatsanwälte, Kriminal- und Polizeibeamte, die von den Bundesländern nach Ludwigsburg geschickt worden waren, gingen mit großem Eifer an die Arbeit. Mehr als 13 Jahre waren seit der Befreiung praktisch ungenutzt verstrichen - ein zeitlicher Verlust, der nie mehr aufgeholt werden konnte. Hinzu kam ungeheurer Zeitdruck, weil 18 Monate nach dem Beginn der Arbeit in Ludwigsburg tausende von mutmaßlichen NS-Tätern nichts mehr befürchten mußten. Es handelte sich um Verbre-

chen, die nach 15 Jahren verjährten. Zu ihnen gehörte praktisch fast alles außer Mord und Mordbeihilfe, also Körperverletzung mit Todesfolge, Totschlag, Freiheitsberaubung, Brandstiftung u.v.a.m. Doch die Experten stießen schon nach wenigen Wochen an unüberwindliche Grenzen. Dort, wo die deutschen Okkupanten am blutigsten gehaust hatten, also in Polen und der UdSSR, durften die Ludwigsburger nicht ermitteln, ja nicht einmal Archive benutzen und Zeugen befragen. Der gesamte „Ostblock“ war Sperrzone, freilich nicht wegen der Regierungen in Warschau, Moskau, Prag, Belgrad u.a. Das Verbot hatte Bonn verhängt, ohne bis heute offen zu bekennen, warum. Vermutlich wollten die „Liberalen“ dieses Reiseverbot, weil in ihren Reihen die meisten alten Nazis Unterschlupf gefunden hatten und nun befürchtet werden mußte, daß in östlichen Archiven deren Namen auftauchen könnten.

■ Historische Verfahren geführt ■

Doch das Verjährungsdatum im Mai 1960, 15 Jahre nach der Befreiung, half den Mitarbeitern der Zentralstelle schließlich doch. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte zwar im März 1960 versucht, die drohende Verjährung aufzuheben, die Konservativen und „Liberalen“ stimmen aber gegen den entsprechenden SPD-Antrag. Das war am 24. Mai 1960. Bis heute ist nicht deutlich, ob die Schützenhilfe für die NS-Prozesse just an diesem Tag gezielt oder zufällig kam. Das ist heute auch nicht mehr entscheidend. Wichtig bleibt, daß am Tage des Erfolges der deutschen Prozeßgegner die Welt aus Jerusalem mit einer sensationellen Nachricht überrascht wurde: SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der Organisator der „Endlösung der Judenfrage“, befand sich in israelischem Gewahrsam. Der israelische Geheimdienst hatte ihn nach einem Hinweis des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer (SPD) in Argentinien aufgespürt und nach Israel gebracht.

Nun stand fest, daß der gesamte Komplex des Völkermordes in einem demokratischen Land von einem unabhängigen Gericht vor der Öffentlichkeit aufgerollt werden würde. In dieser Situation konnte zwar die Verjährung für viele Verbrechen nicht mehr gestoppt werden, doch die fünf Jahre später, im Mai 1965 anstehende Verjährung auch für NS-Morde hatte nun in der Bundesrepublik keine Chance mehr. Notgedrungen hob die Bundesregierung auch das Embargo über die Archive in Osteuropa auf, indem sie vor allem Polen und die CSSR um

Rechtshilfe bat. Warschau hatte die indes längst angeboten und wichtige Akten in der polnischen Militärmission in Ost-Berlin bereitgestellt. Zwar trat Ewald Bucher (FDP) als Justizminister zurück, aber die Mehrheit im Parlament beschloß, den Beginn der zwanzigjährigen Verjährungsfrist für Mord von 1945 auf 1949 zu verschieben, weil die deutsche Justiz ja erst 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik unabhängig hätte arbeiten können. Es folgten weitere zwei Verjährungsdebatten: 1969 wurde die Frist auch unter ausländischem, aber vor allem unter dem Druck deutscher Medien von 20 auf 30 Jahre verlängert. 1979 schließlich rang sich die Bonner Parlamentsmehrheit endlich dazu durch, Mord von der Verjährung grundsätzlich auszunehmen.

Vor allem die späte Gründung der Zentralen Stelle vor 40 Jahren und das erbärmliche Bonner Embargo über osteuropäische Archive haben dazu geführt, daß die Ludwigsburger Bilanz am Ende der NS-Prozesse kein Ruhmesblatt darstellt. Nach Ermittlungen gegen gut 95 000 Verdächtige sind hierzulande nur etwa 6 500 Männer und Frauen wegen NS-Verbrechen rechtskräftig verurteilt worden. Der gewaltige Unterschied zwischen Ermittlungsverfahren und Urteilen bedarf allerdings der Erläuterung, weil die eher deprimierende Bilanz nicht allen deutschen Gerichten und schon gar nicht der Zentralen Stelle angelastet werden darf. Als die Ludwigsburger endlich gen Osten reisen durften, haben sie oft für alle Fälle Ermittlungsverfahren gegen ganze Einheiten mit oft hundert von Angehörigen eingeleitet, um die Verjährungsfrist zu unterbrechen und Zeit zu gewinnen. Nicht zuletzt durch solche Auswege konnten schließlich hierzulande im Sinn des Wortes „historische“ Verfahren geführt werden.

40 Jahre nach der Gründung der Zentralen Stelle ist die Zeit der NS-Prozesse zu Ende. Verdächtige und Zeugen leben nicht mehr oder sind für lange Hauptverhandlungen zu alt. Oberstaatsanwalt Willi Dreßen, der vierte Leiter, hat in zähen und mühevollen Verhandlungen erreicht, daß seine Behörde als zeitgeschichtliches Forschungszentrum erhalten bleibt. Das ist gut und wichtig, weil unverändert gilt, was Simon Wiesenthal Ende 1996 in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Tribüne“ gesagt hat: „Die Zentrale Stelle hat in den Staaten, in denen die Täter einst wüteten, einen hervorragenden Ruf, und sie hat zudem erheblich zu dem positiven Bild Deutschlands im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen.“ Heiner Lichtenstein

Hintergrund

Frontenwechsler

Manche aus der alten Linken haben keinerlei Scheu, als Referenten beim radikalen Flügel der Burschenschaften aufzutreten.

Verschiedene Personen scheinen sehr darunter zu leiden, daß sie ihre „große Zeit“ politisch längst hinter sich gelassen haben, ihre Medienpräsenz deutlicher weniger geworden ist und die kleine verbliebene Linke noch weniger als in früheren Tagen gewillt ist, ihnen als Theoretiker und Strategen Gehör zu schenken. Bei etlichen haben die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre eine solch große Verwirrung hinterlassen, daß ihnen die Unterscheidung zwischen links und rechts nunmehr sichtbar schwer fällt.

Dieser Eindruck bestätigt sich wieder einmal bei den für den 5./6. Dezember angesetzten „Bogenhauser Gesprächen“ der Münchner Burschenschaft „Danubia“, die diesmal unter dem Motto „30 Jahre nach 1968“ stehen. Bereits im Februar 1989 hatten die Gespräche mit der ähnlichen Themenstellung „Die APO: Revolution und Happening“ stattgefunden. Der „Mai '68“ stellt in burschenschaftlichen Kreisen und bei anderen Verbindungen noch immer einen traumatisierenden Begriff dar. Einerseits signalisiert er das endgültige Ende der Blütezeit der Korporationen an den deutschen Hochschulen, andererseits gilt er den Burschen als Synonym für eine „Kulturrevolution“, die nach ihren Vorstellungen erfolgreich verlaufen ist und zu einer Linksverschiebung des politischen Klimas im Lande geführt habe. Die „Frankfurter Schule“ habe 1968 ein Werk vollendet, das mit der Umerziehung nach 1945 begonnen worden sei. Ein reichlich mechanistisches Weltbild, aber von Burschen sollten eben keine intellektuellen Glanzleistungen erwartet werden.

Die veranstaltende Burschenschaft „Danubia“ ist nicht nur eine der traditionsreichsten, sondern zählt unzweifelhaft auch zu den profiliertesten Verbindungen überhaupt. Mehrfach war sie Vorsitzende Burschenschaft des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft. Innerhalb deren radikal-völkischer Fraktion, der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, gehört sie zu den treibenden Kräften und zählte 1961 auch zu deren Mitbegründern. Ziel dieses

fraktionellen Zusammenschlusses war es damals vor allem, auch die österreichischen Burschenschaften in den Dachverband zu integrieren. Heute arbeiten diese Kreise an weiter gesteckten Zielen, z.B. der Wiedereinführung der Pflichtmensur, und sind zur hegemonialen Kraft des Dachverbandes geworden.

Während zu Zeiten der Dominanz der NPD als rechtsextremistische Wahlpartei die „Danubia“ auch als Durchlauferhitzer für den „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ diente (Niekisch-Experte Uwe Sauermann, Gebhardt Geiger, Rechtsanwalt Alfons Hueber u.a.), kam es Ende der achtziger Jahre zu einer heftigen, jedoch nur kurzfristigen Liaison mit den „Republikanern“, deren Hochschulverband auf dem Haus der Danubia in der Möhlstraße 21 im Münchner Stadtteil Bogenhausen gegründet wurde. Über die burschenschaftliche Zeitung „Münchner Freiheit“ wurden auch enge Beziehungen zur „Jungen Freiheit“ (Frank Butschbacher, Thomas Clement, Hans-Ulrich Kopp) unterhalten. Zur aktuellen Aktivitas zählt ebenso der aus Leipzig stammende Sascha Jung, einer der Initiatoren des „Hofgeismarer Kreises“, der soeben zum historischen Vorbild seiner Gruppe als Autor in „Wir selbst“ (2/98) hervorgetreten ist.

■ **Traumatisierender Mai '68** ■

Die bereits seit Mitte der achtziger Jahre stattfindenden „Bogenhauser Gespräche“ wurden zeitweise mit dem „Gesamtdeutschen Studentenverband“ (GDS) durchgeführt, einem nunmehr weitgehend zur Bedeutungslosigkeit verkommenen korporativen Mitgliedsverband des „Bundes der Vertriebenen“. Nach einer deutlichen Schwächeperiode werden jetzt jährlich sogar zwei Wochenendseminare durchgeführt, das letzte Ende Juni dieses Jahres zum 150. Jubiläum des Paulskirchenparlaments („Burschenschafterparlament“). Als Kooperationspartner ist der GDS abgelöst worden durch die gelegentliche Zusammenarbeit mit der „Ferialverbindung Rugia Karlsbad“. Diese Verbindung ist eine durchaus logische, ist doch der Multifunktionär der extremen Rechten Hans-Ulrich Kopp gleichzeitig führend in der Altherrenschaft der Danubia und einer der Initiatoren der Ferialverbindung.

Daß zum Thema „30 Jahre nach 1968“ Personen benötigt werden, die damals zu den Aktivisten gehörten, versteht sich von selbst. Daß die „Danubia“ bei solchen Gelegenheiten keine Kontakt-

scheu gegenüber ehemaligen Linken hat, hatte sie bereits bei früheren Gelegenheiten bewiesen. So durfte bei den „Bogenhauser Gesprächen“ im Oktober 1987 der alte Bündische Paulus Buscher (Sabershausen) referieren, nach dem Krieg lange Zeit aktiv in der KPD und der VVN in NRW, der sich zu dieser Zeit gerade wieder ins Gerede brachte durch seine Ausfälle gegen die jugendliche Widerstandsgruppe der Edelweißpiraten, die er schlichtweg als „Widerstandsschmarotzer“ diffamierte. Beim Seminar zur APO im Jahr 1989 waren es dann der ehemalige Kommunarde und SDSler Rainer Langhans, der inzwischen in esoterischen Gefilden wandelt und für den wohl nur die sexuelle „Revolution“ wichtig gewesen ist, und das damalige DKP- und VVN-Mitglied Manfred Lauermann aus Hannover, der nunmehr in Dresden lehrt, die sich als Referenten zur Verfügung stellten.

Für die anstehende Veranstaltung wurden gleich drei Protagonisten aus dem zeitlichen Umfeld von 1968 gewonnen: Horst Mahler, Prof. Dr. Bernd Rabehl und Prof. Dr. Peter Furth. Komplettiert wird die Riege der Vortragenden durch Dr. Hannes Kaschkat, bei dem allerdings niemand auch nur im Ansatz auf die Idee kommen würde, ihn mit der Linken in Verbindung zu bringen.

Mahler ist vom militanten Kampf der RAF zu einem ebenso militanten katholischen Konservatismus konvertiert, auch wenn ihm ein anderer Exponent dieser Richtung, der Österreicher Dr. Friedrich Romig, „blasphemisches Wortgedrösel“ vorwirft. Eigentlich aber ist er nur zu seinen Wurzeln zurückgekehrt, denn begonnen hatte er ebenfalls in einer schlagenden Verbindung. Mahler trat erstmals Ende vergangenen Jahres einschlägig in Erscheinung als Laudator zum 70. Geburtstag von Günter Rohrmoser. Seitdem entwickelte sich eine immer engere Beziehung zur „Jungen Freiheit“, für die er bei der Frankfurter Buchmesse auch eine Veranstaltung bestritt.

Bernd Rabehl, zum Professor an der FU Berlin avanciert, war in früheren Tagen nicht nur einer der engsten Mitarbeiter Rudi Dutschkes und wichtiger Theoretiker im Berliner SDS, sondern auch einer der führenden Vertreter der sogenannten „nationalen Fraktion“ innerhalb dieses Studentenverbandes. Als „antiautoritär“, davon können seine Studentinnen und Studenten ein Lied singen, kann er keinesfalls mehr bezeichnet werden. Daß er gegenüber der extremen Rechten zumindest dialogbereit

geworden ist, davon zeugt neben dem jetzt geplanten Auftritt bei der Danubia auch die Ankündigung eines Vortrages im August bei der „Freien Deutschen Sommeruniversität“, wo er sich über „Die Nationalrevolutionäre von 1968“ auslassen sollte.

Neu in diesen Kreisen ist Peter Furth, der in den Anfangstagen der linken Zeitschrift „Argument“ in deren Umfeld und dem dazugehörigen Club wirkte und vor allem als Mitautor der noch immer maßgeblichen akademischen Arbeit über die Sozialistische Reichspartei (SRP) bekannt wurde.

„Blasphemisches Wortgedrösel“

Über Hannes Kaschkat ließe sich einiges sagen, aber ein Überläufer, ein Frontenwechsler ist er keinesfalls. Der Würzburger Rechtsanwalt und Burschenschaftler war 1968 Mitbegründer der „Burschenschaftlichen Aktionsgemeinschaft für Publizistik“ und gehörte bis in die achtziger Jahre dem Vorstand der inzwischen in „Studentische Aktionsgemeinschaft“ umbenannten Gruppierung an. Geplant war, mit dieser Einrichtung ein Gegengewicht zur damals vielfältigen linken Presselandschaft zu etablieren. Hauptaktivität war die Herausgabe der Zeitschrift „Student“. Aktuell ist Kaschkat, der auch bereits die „Republikaner“ als Anwalt in einem Verfahren gegen den Freistaat Bayern vertreten hat, stellvertretender Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen in der CSU und zugleich im Umfeld von Alfred Mechtersheimer als stellvertretender Vorsitzender von „Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland“ tätig. Er gilt als einer derjenigen, der die Kontakte zwischen dem etablierten Konservatismus und der extremen Rechten gewährleistet.

Es sind sicherlich nicht nur nostalgische Gründe, die die „Danubia“ dazu veranlaßt haben, dieses Thema zu wählen. Einerseits wird in diesen Kreisen immer stärker die Notwendigkeit einer Links-Rechts-Konvergenz debattiert, die Versöhnung des Nationalen mit dem Sozialen, die den Nationalismus erst vollständig werden lasse. Andererseits können über die Biographien der Wanderer von links nach rechts natürlich auch Schlußfolgerungen für die eigene Strategie gezogen werden. Wenn man weiß, an welchen Stellen sich ideologische Bruchstellen ergeben haben, dann kann gerade dort angeknüpft werden. Insofern begeben Mahler, Rabehl und Furth sich zu einer Art Vivisektion.

Jean Cremet

Aus der Szene

Brauner Kaffee

Das Berliner „Cafe Germania“ mußte Ende November schließen. Der „wichtigste Treffpunkt der rechtsextremen Szene“ hatte sogar die Innenbehörde auf den Plan gerufen.

„Gern gesehene Gäste sind Nationale und Patrioten unterschiedlicher Couleur im neueröffneten Cafe Germania im Berliner Bezirk Lichtenberg. Das kleine deutsche Lokal mit der freundlichen Atmosphäre hat von Montag bis Sonnabend jeweils ab 9.00 Uhr geöffnet. Dort wird den Gästen nicht nur das Getränk der Götter und Germanen in zünftigen Methörnen serviert, auch sonst ist man um das leibliche Wohl der Kundschaft besorgt.“ Mit dieser Anzeige stellte sich das im Berliner Bezirk beheimatete „Cafe Germania“ vor. Germania - der Name ist Programm. Seit der Eröffnung im Dezember 1997 wurde die Kneipe in der Normanntenstraße ein Treffpunkt der Berliner Neonaziszene. Betrieben wurde das Cafe von Andreas Voigt, dem ehemaligen Chef der Skinheadgruppe „Kreuzritter für Deutschland“ (KFD) aus Stuttgart. Die KFD organisierte zwischen 1991 und 1993 im süddeutschen Raum Konzerte mit Neonazi-Bands aus verschiedenen Ländern. Weil er einen abtrünnigen Gesinnungskameraden entführte und mißhandelte, mußte Voigt Mitte der 90er Jahre eine längere Gefängnisstrafe absitzen. Voigt ist bei sämtlichen größeren Ereignissen der rechtsextremen Szene zugegen, beispielsweise am 1. Mai in Leipzig.

Auch das Cafe spielte eine wichtige Rolle in der rechten Infrastruktur. Einmal im Monat fand dort ein Treffen der sogenannten unabhängigen Kameradschaften aus Berlin und Brandenburg statt. Während sich die älteren Kameraden mit nationalen Liedermachern wie dem NPD-Barden Frank Rennie die Zeit vertrieben, schmiedete der glatzköpfige Nachwuchs Angriffspläne. Pöbeleien gegen Ausländerinnen und Ausländer und tatsächliche oder vermeintliche Linke sind in der Umgebung an der Tagesordnung. Am 21. Juni wurde das braune Cafe schon für einen Abend polizeilich geschlossen, weil von den Gästen eine massive Bedrohung für ein Multi-Kulti-Konzert ausging, das an diesem Tag in den Lichtenberger Parkauen stattfand.

Nach Informationen des Berliner „Tagesspiegel“ mußte das Cafe am 30. November wegen Miet-

schulden geschlossen werden. Der Lichtenberger Bezirksbürgermeister Wolfram Friedersdorff (PDS) wollte die braune Lokalität schon vorher aus seinem Bezirk loswerden. Gemeinsam mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern forderte er in einem Brief an die Hausverwalter, die Lutz Kosboth Immobiliengesellschaft, dem rechten Treiben ein Ende zu machen und dem Cafe zu kündigen. Doch die sah dazu bislang keine rechtliche Handhabe, obwohl ihr das Lokal schon länger ein Dorn im Auge war. Bürgermeister Friedersdorff war auch unter den rund 1.500 Demonstrierenden die am 21. November die Schließung der Lokalität forderten und wozu verschiedene Berliner Gruppen und Initiativen aufgerufen hatten. Die Rechten hatten an diesem Tag bundesweite Unterstützung geordert und sich in dem von der Polizei hermetisch abriegelten Cafe verbarrikadiert. In der darauffolgenden Nacht konnte die Polizei noch in letzter Minute einen Angriff von schwer bewaffneten Neonazis auf eine Antifa-Fete verhindern. Die etwa 40 Rechten wurden in unmittelbarer Entfernung des Konzertortes gestoppt und vorläufig festgenommen.

Selbst die Berliner Innenverwaltung hatte ein Auge auf das Cafe geworfen. Auf eine kleine Anfrage der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte der Innenstaatssekretär Kuno Böse am 23. November: „Das Cafe Germania hat sich nicht nur zu einem zentralen Stützpunkt für sogenannte neonazistische Kameradschaften und zur Anlaufstelle für Neonazis entwickelt, sondern gilt derzeit als der wichtigste Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene in Berlin insgesamt. Schon aufgrund dieser Tatsache besteht latent die Gefahr, daß von diesem Ort beziehungsweise den dort aufhältlichen Personengruppen strafbare Handlungen ausgehen.“ Vorher wurde von der Berliner Innenbehörde eine rechte Gefahr in Berlin immer in Abrede gestellt.

Die Germania-Betreiber sind nach der Devise „Jetzt erst recht“ in der letzten Zeit noch in die Offensive gegangen. Seit Sommer 1998 rufen sie in der neonazistischen Presse und via Internet alle Leserinnen und Leser auf, „bei einem Besuch in der Reichshauptstadt“ bei ihnen vorbeizuschauen. Mittlerweile haben sie auch das „Projekt Cafe Germania“ mit dem Ziel „einer berlin- und später deutschlandweiten Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen“ ausgerufen. Der Wirt des braunen Cafes hat ohnedies schon angekündigt, daß am Berliner Stadtrand ein neues Lokal eröffnet werden solle. Peter Nowak

Justiz**Unverbesserlich**

Das Landgericht Mannheim verurteilte in einer Berufungsverhandlung am 20. November den ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (58) wegen Beleidigung in mehreren Fällen zu einer fünfmonatigen Haftstrafe mit Bewährung. Mit ihrem Spruch blieb Richterin Renate Hub unter den erstinstanzlichen Urteilen der Amtsgerichte Weinheim und Mannheim aus den Jahren 1995 und 1996. In den vier Verfahren waren gegen Deckert insgesamt siebeneinhalb Monate Haft und eine Geldstrafe in Höhe von 7.000 Mark verhängt wurden. Verurteilt wurde Deckert nun wegen Beleidigung von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden („Bubis raus aus unserer Stadt, wir haben Deine Deutschenhetze satt“, „Judenführer“, „jüdischer Hochkommissar“) und mehrerer Polizeibeamter. So hatte Deckert bei seiner Verhaftung am Frankfurter Flughafen im November 1995 einen der beteiligten Polizisten als „Schwachsinnig und geistig nicht normal“ bezeichnet und ihn bedroht: „Sie sind der erste, den ich totschiße, wenn ich wieder rauskomme. Dann weiß ich wenigstens, warum ich gesessen habe.“ In zwei Anklagepunkten - einem weiteren Fall von Beleidigung und einer falschen Verdächtigung - wurde Deckert freigesprochen. Die bislang gegen Deckert verhängten Gesamtstrafen stiegen mit dem jüngsten Urteil auf drei Jahre und fünf Monate sowie ein Jahr und vier Monate an. Staatsanwalt Hans-Heiko Klein hatte in seinem Plädoyer 21 Monate bzw. zwei Gesamtstrafen von vier Jahren sowie von zwei Jahren und sechs Monaten Haft gefordert. Deckerts Verteidiger Ludwig Bock kündigte nach dem Urteil an, vorsorglich Rechtsmittel gegen das jüngste Mannheimer Urteil einzulegen.

Während der Verhandlung kam Deckert auf die Rede Martin Walsers in der Frankfurter Paulskirche zu sprechen und bezeichnete sie als „Balsam für meine Seele“. Ignatz Bubis titulierte er als „Vorsitzenden einer, noch, 100.000- Mann-Sekte“, der „jeden Sonntag auf dem Bildschirm“ zu sehen sei.

Auf die Nachfrage der Richterin, was denn für ihn deutsch sei, erwiderte Deckert: „Wenn ich einen Roberto Blanco auf der Bühne rumhüpfen sehe, dann weiß jeder, was deutsch ist oder nicht.“ Äußerungen wie diese haben bei der Richterin Hub den Eindruck geweckt, daß Deckert sich nicht mehr ändern werde. „Damit ist es mit 58 Jahren zu spät.“

Eva Bernhard

Aktivitäten**Links steht der Feind**

Der professorale Antifaschismus-Experte Hans-Helmuth Knütter hat ein neues Buch „Europa ja - aber was wird aus Deutschland?“ herausgegeben. Autoren sind neben anderen der französische Cheftheoretiker der Neuen Rechten, Alain de Benoist, Felix Buck, nach 1945 Mitglied der SS-Untergrundgruppe „Aktion Deutschland“, und Heinrich Lummer, Ehrenpräsident des rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“. Erschienen ist das Werk im 1985 gegründeten Tübinger „Hohenrain-Verlag“, der von Wigbert Grabert geleitet wird. Der einschlägig wegen Volksverhetzung bekannte Verlagsleiter Grabert ist auch Geschäftsführer des revisionistischen „Grabert-Verlages“, der „ein umfangreiches Sortiment rechtsextremistischer Literatur“ betreibt, so das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Geworben wird für das neue Knütter-Buch in der Weihnachtsausgabe von „Nation+Europa“ sowie in der holocaustleugnenden Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“.

Im April war Knütter Referent beim diesjährigen Kongreß der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „größte rechtsextremistische kulturpolitische Vereinigung“ in der Bundesrepublik eingestuft wird, in Gera. Knütter sprach über sein bevorzugtes Thema „Der Antifaschismus als politisches Kampfmittel der Linken im Wahljahr 1998 und was dagegen zu tun ist“. Veröffentlicht wurde der Beitrag im GFP-Kongreß-Protokoll 1998 (Band XIV). Weitere Referenten und Redner waren auf der Veranstaltung neben anderen die Ex-NPD-Landtagsabgeordneten Rolf Kosiek und Karl Baßler sowie der Mitherausgeber von „Nation+Europa“, Harald Neubauer.

Seit Februar 1997 ist Knütter auch ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, wie der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz berichtet. A.M.



Auch in diesem Jahr wollen rechtsextreme Gruppen in der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember die Wintersonnenwende feiern. Angekündigt haben das u.a. bereits „Bund für Gotterkenntnis“, „Heimatreue Jugend“, Deutsche Bürgerinitiative“, „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“, „Österreichische Landsmannschaft“.

Ausland

Platzverweis

In den Niederlanden ist der Rechtsextremismus erfreulich zurückgegangen. Eine Partei wurde jetzt verboten, eine andere steht vor dem politischen Aus.

Zum zweiten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist in den Niederlanden eine Partei verboten worden: Die „Nationale Volkspartei 86/Zentrumspartei 86“ (NVP/CP 86) wurde am 18. November in Amsterdam verboten und für aufgelöst erklärt. In seiner Urteilsbegründung folgte das Gericht der Argumentation der Staatsanwaltschaft, die NVP/CP 86 rufe zur Diskriminierung und zum Haß gegen Ausländer auf und verstoße damit gegen die öffentliche Ordnung. Außerdem verwiesen die Richter auf diverse Urteile gegen CP 86-Mitglieder, die vor allem in den Jahren 1994 bis 1996 wegen strafbarer Handlungen verurteilt worden waren. Programmatisch fordert die Partei außer der Wiederherstellung der österreichischen und deutschen Grenzen von 1938 auch eine groß-niederländische Lösung: Die Vereinigung der Niederlande, Flanderns und Südafrikas. Außerdem agitiert sie mit diversen Materialien öffentlich gegen die Anwesenheit von Ausländern im Land.

Hintergrund des Verbots ist ein Antrag des Haager Innenministeriums, das nach einhelliger Meinung offenbar fürchtet, die verschärfte Debatte über den Umgang mit Asylbewerbern in dem für Einwanderung noch immer relativ offenen Land könne zu einem Erstarken der rechtsextremen Parteien führen. Von Seiten der regierenden Sozialdemokraten wurde das Urteil begrüßt; niederländische Rechtsextremismusexperten allerdings sind skeptisch: Vor allem mit Verweis auf die Verhältnisse in Deutschland warnen sie davor, Rechtsextreme mit ihrer Illegalisierung in den Untergrund zu drängen. „In Deutschland ist der Staat wesentlich strenger“, so der Leidener Politologe J. van Holsteyn, „das hat aber überhaupt nicht dazu geführt, daß die extreme Rechte dort verschwunden ist.“

Außerdem trifft das Urteil eine Partei, die fast nur noch auf dem Papier existiert. Der einzig bekannte politisch aktive Vertreter der CP 86 ist der ehemalige Rotterdamer Stadtratsabgeordnete M. Freling. Er kündigte an, sich durch das Verbot nicht außer Gefecht setzen zu lassen, sondern entweder eine neue Partei zu gründen oder sich einer ande-

ren anzuschließen. Für letztere Option kämen wohl nur die rechtsextremen „Centrumdemokraten“ (CD) unter Führung von Hans Janmaat in Frage.

Auch letztere stehen allerdings vor dem politischen Aus, seit sie bei den Wahlen im Mai alle drei Sitze in der Zweiten Kammer verloren. Schon am Tag nach der Wahl kündigte Janmaat an, über eine Auflösung der Partei nachzudenken. Angesichts des Totschweigens durch die Medien, der Widerstände in der Politik sowie des Betrugs durch Wahlcomputer sei es unmöglich, Opposition zu betreiben, so Janmaat. Auch in den Gemeinden verfügt die CD gerade noch über drei Sitze - von 78, die sie sich noch bei den vorhergehenden Wahlen hatten sichern können. Der Hauptgrund für die massiven CD-Verluste in den Gemeinden war vermutlich das unsägliche Gebaren der Abgeordneten: Die meisten glänzten durch Trunkenheit, Gewalttätigkeit oder Abwesenheit. Einer wurde wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet, ein anderer wegen Drogenhandels verurteilt, ein dritter dabei erwischt, wie er Obdachlosen gegen Bier ihre Stimme abkaufen wollte, ein vierter klaute Schutzhelme aus einem Ratskeller.

■ **Niederländische Saubermänner** ■

Auch die CP 86, die immer als radikalere der beiden niederländischen Rechtsaußen-Parteien galt, und eine jüngere Mitglieder- und Wählerstruktur hatte (etwa vergleichbar der NPD), verlor bei den Kommunalwahlen im März ihren einzigen Sitz im Rotterdamer Stadtparlament. Aufgefallen war auch sie dort im wesentlichen durch Randalen. Mehrfach ließ der Bürgermeister das Fraktionszimmer sperren, weil von dort Ratsmitglieder telefonisch bedroht worden waren; ein CP 86-Mitarbeiter schlug im Rathaus einen grünen Dezernenten zusammen.

Auf Neonazi-Ebene ist der Rechtsextremismus in den Niederlanden zu einer vernachlässigswerten Größe geworden: Nach Angaben der Staatsschützer vom BVD treiben landesweit inzwischen weniger als 50 Neonazis ihr Unwesen.

Dabei hatte man auch in den Niederlanden vor allem zu Zeiten, als in Deutschland immer wieder Asylbewerberheime brannten, ein Aufflammen des Rechtsextremismus befürchtet. Auch im Polderland wurden 1992 337 rechtsextreme Straftaten registriert; darunter 17 Brandstiftungen, vier Bombenlegungen, acht Körperverletzungen, 38 falsche Bombenwarnungen. Bei der CP 86 (seit 1995:

NVP/CP 86) machte damals vor allem der 22jährige Constant Kusters von sich reden, der gleichzeitig Mitglied des belgischen „Vlaams Blok“ und der deutschen NPD war und in Deutschland einmal in SA-Uniform gesichtet wurde.

Den Befürchtungen entsprechend, verbuchten die rechten Parteien, vor allem die gemäßigteren Zentrumsdemokraten, auch bei den Kommunalwahlen 1994 in den Städten enorme Stimmerfolge: In Rotterdam, Den Haag und Utrecht bekam die CD über zehn Prozent; bei den landesweiten Wahlen 1994 verdoppelte Janmaats Partei ihren Stimmenanteil immerhin von 1,2 auf 2,5 Prozent.

Woran es liegt, daß der Rechtsextremismus in den Niederlanden heute wieder kaum noch eine Rolle spielt, ist umstritten. Parteienforscher mutmaßen, das Wählerpotential werde inzwischen vor allem von der rechtsliberalen Regierungspartei VVD bedient. Auch die VVD wirbt mit Slogans wie „Wer unsere Sprache lernt, bekommt unsere Unterstützung“, agitiert relativ offen gegen die Einführung des Euro und fordert eine restriktive Asylpolitik. Außerdem wußte selbst Janmaat schon vor Jahren, daß in den Niederlanden aufgrund der eigenen Besatzungsgeschichte kein Markt für Antisemitismus und Hitler-Verehrung besteht. Statt offen diskriminierender Slogans kamen auch die „Centrumdemokraten“ auf Umwegen auf die Anwesenheit von Ausländern im Land zu sprechen: über die Themen Wohnungsnot, Kriminalität, Drogenhandel und Arbeitslosigkeit. Der Wahlslogan „Die Niederlande den Niederländern“ wurde Anfang der 90er geändert in: „CD, du weißt schon, warum“.

Andererseits ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Strategie des Totschweigens Früchte trägt. In den Niederlanden werden rechtsextreme Politiker konsequent von Politikern der demokratischen Parteien gemieden und von den Medien geschnitten. Der Amsterdamer Fernsehsender AT 5 sagte einst nach heftigen Protesten die Ausstrahlung eines Programms über das Aufkommen der Rechten kurzfristig ab. Und auch eine Studie des Politologen Marco Esser aus diesem Frühjahr weist darauf hin, daß die verbleibenden CD-Mitglieder Angst vor den gesellschaftlichen Konsequenzen haben. Die überwiegende Mehrheit gibt an, lediglich zu Hause über die Partei zu sprechen oder heimlich Geld zu spenden, weil sie fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder von den Kollegen ausgestoßen zu werden. 70 Prozent von ihnen haben sich noch nie öffentlich zu ihrer Partei bekannt.

Jeanette Goddar

Aus der Szene

Neonazi-Connection

Die verbotene rechtsextremistische Partei CP 86 soll sich nach den Worten des Vorsitzenden Stewart Mordaunt sowieso im Auflösungsprozeß befinden haben. Anfang des Jahres schon war CP 86 untersagt worden, Konten zu führen oder Spenden anzunehmen. Stewart Mordaunt gehört der niederländischen Neonazi-Kaderorganisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) und der „British National Party“ (BNP) an und war ehemals Vorsitzender der militanten „Niederländischen Jugendfront“. Bereits 1997 hatten nach parteiinternen Auseinandersetzungen zahlreiche Aktivisten die CP 86 verlassen und die „Volksnationalisten Nederland“ (VVN) gegründet. Vor ihrem Verbot hatte CP 86 Kontakte zur neugegründeten „Nederlandse Volks Unie“ (NVU), einer politischen Frontorganisation der ANS Niederlande, geknüpft, die neben der ANS Flandern noch existent ist.

Kopf der ANS und nach Eigenbekunden Chef des „Koordinationsausschusses Europa der >Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation<“ (NSDAP/AO) ist Eite Homann (Ex-Kommunist, ML-Flügel). Homann, vor dem derzeit in Teilen der Neonazi-Szene gewarnt wird, da er die regelmäßige Herausgabe des „NS-Kampfrefres“ sabotieren soll, übernahm nach dem Tod von Michael Kühnen 1991 die Führung der illegalen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Zu diesem Flügel der neonazistischen „Bewegung“ zählen auch die bundesdeutschen Spitzenfunktionäre Christian Worch, Initiator der Anti-Antifa und Thomas Wulff, Ideologe der sogenannten „Freien Nationalisten“.

Diese deutsch-niederländische Neonazi-Connection veranstaltet regelmäßig auch gemeinsame Aufmärsche und Saalkundgebungen. So berichtete das „Nationale Infotelefon Rheinland“ am 3. November, daß zum 75. Jahrestag des 9. November 1923 (Hitler-Putsch in München) eine „Traditionsveranstaltung“ in den Niederlanden stattgefunden habe. Rund 70 Neonazis aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und Belgien sollen daran teilgenommen haben.

Verehrt wird in diesen Kreisen die Witwe Rost van Tonningen, die mit Meinoud Marinus, Sturmbannführer der Waffen-SS, Nazi-Kollaborateur und Nationalbankspräsident der besetzten Niederlande, verheiratet war. In ihrer Villa fanden auch des öfteren Sitzungen der GdNF statt.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation + Europa“ (NE) - 48.Jg., 11-12/98:
Der Schwerpunkt der Doppelnummer ist der Bundestagswahl gewidmet, man analysiert die Ursachen und formiert sich für die Zukunft. Durchgängig wird die „68er-Ideologie“, „die Menschenverachtung der 68er“, der „Sieg der 68er Kulturrevolution“ als Voraussetzung und Ergebnis des Wahlsiegs vom 27. September bewertet. Der Wahlausgang wird „die Deutschen teuer zu stehen kommen“, die „linke Technikfeindlichkeit“ verheißt „für die Zukunftstauglichkeit Deutschlands ... nichts Gutes“. Als Auslöser für den Wahlsieg hat „Ex-CDU-MdB Heinrich Lummer“ die Erklärung bereit, der „linke Radikalismus wird enttabuisiert, damit die SPD mit ihm regieren kann. Der rechte Radikalismus wird tabuisiert, damit die CDU keine Chance hat, diese 10 bis 20 Prozent der Wähler für eine Regierungsbildung zu benutzen“ (sic!). Die wesentlichste Konsequenz des Wahlausgangs besagt, „das Volk wird ausgewechselt“, man wird zur „Minderheit im eigenen Land“ angesichts des sich abzeichnenden „Gebärtourismus“ im Gefolge der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts. „Resignieren? Nein, diese Bundestagswahl kann und darf nicht das Ende sein“, mahnt Franz Schönhuber. Jetzt ist die Stunde der deutschen Rechten gekommen, in ihrer Hand liege es, „eine Wertediskussion in Gang zu bringen“, eine „Gegenbewegung ... von rechts ... der Jugend“ zu starten, die die „Rekonstruktion der Nation“ (Rohrmoser) zum Ziel hat. Voraussetzung sei jedoch, wie Franz Schönhuber meint, daß es dem „Weltpolizisten Amerika“ mißlingt, seine Satrapen wie Schröder dazu zu bringen, „ideologische Gegner auch grenzüberschreitend hinter Schloß und Riegel zu bringen“. Gell, Franz, das erklärst uns noch mal! Unvermindert wird der Kampf gegen die Einheitsfeinde, voran REP-Schlierer, geführt, gegen dessen „Fähnlein der Bläßlinge“ (Schönhuber) und infolge deren Persönlichkeitsstruktur die Einheit nicht möglich ist. Hans-Günter Schoddruch stößt ins selbe Horn und beklagt die Ruhstorfer Beschlüsse. Mit Tam-tam läßt sich N+E-Mitherausgeber Harald Neubauer feiern, der in einer Duma-Sitzung (genau: im geopolitischen Ausschuß) auf Einladung seines Gesinnungsfreundes Mitrofanov sprechen konnte. Da wird vorschnell Rapallo und von Pawel Tulajew (Autor des konservativ-revolutionären Magazins „Ahnerbe“) eine Partnerschaft von Deut-

schen und Russen für das 21. Jahrhundert beschworen, die von der arischen Gemeinsamkeit über das angeblich gemeinsame Erbe von Bolschewiken und Nationalsozialisten in die eurasische Zukunft reicht. Mit Leserbriefen melden sich Hans Hirzel und Hans-Günter Weber zu Wort. Bemerkenswert ist die Anzeige des neuen Werkes von Hans-Helmuth Knütter, der offenbar in Sachen Europa („ja“) zum Rückzug bläst und empfiehlt, „von der jetzigen Lage auszugehen“. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 13.Jg., Nr. 45-48/98:
Über angeblichen „Wahlbetrug“ räsoniert Professor Klaus Hornung in bezug auf die neue Bundesregierung. Schon sei „die alte Umverteilungs-SPD aus den Urnen“ gekrochen, „garniert mit dem Haß der Grünen auf das Eigene“. Ähnlich die Situation in Italien, wo „erfahrene Machtergreifer“ den früheren Ministerpräsidenten Prodi beiseite geschoben hätten. Für Hornung erinnert das an die Machtergreifung der Nazis, die, die Wahlen gewonnen, zweieinhalb Jahre später die Nürnberger Gesetze erließen (45/98). Interviewpartner der JF-Ausgabe ist der sächsische Justizminister Steffen Heitmann. Der CDU-Politiker weist die Rolle des „geistigen Brandstifters“ indirekt Ignatz Bubis zu, der mit seiner Kritik an Martin Walsers Ausführungen „nicht nur sich selbst, sondern auch dem Ansehen der Juden in Deutschland“ geschadet habe. Schützenhilfe wegen des Vorwurfs der „geistigen Brandstiftung“ erhält von der JF wiederum der hessische Unionspolitiker Bodenstedt, der wegen fremdenfeindlicher Äußerungen ins Gerede gekommen war, und dem seine eigene Partei nicht beispringe (45/98). Allzu große Erwartungen sollten nach Meinung der JF an einen Neubeginn mit der „Berliner Republik“ nicht gesetzt werden, denn diese setze die Politik der rheinischen Vorgängerin und damit die Absage an eine „deutsche Kulturnation“ unter Einschluß der ehemaligen „Ostgebiete“ fort. Aus Anlaß der Neuauflage des 1985 erschienen Werkes von Ernst Topitsch „Stalins Krieg“ wird wieder einmal die These von Hitlers Präventivkrieg aufgegriffen. Der heutige Forschungsstand belege, daß „die volkspädagogisch motivierten deutschen Historiker“ - gemeint ist neben anderen der Militärhistoriker Wolfram Wette - sich mit ihrer Auffassung vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion blamiert hätten (45/98). Einen Richtungsstreit sieht die JF beim „Bund Freier Bürger“ seit dem Wahldebakel. Unklar sei, ob der von Generalsekretär Kappel forcierten Annäherung an die „Republikaner“ gefolgt würde (46/98). Nachgedruckt ist - auf zwei JF-Ausgaben verteilt - ein

Beitrag von Josef Schüßlburner aus „Criticon“, in dem dieser die Institution Verfassungsschutz anprangert, der lediglich „die ideologische Ausübung politischer Macht“ verfolge. Die vom obersten Dienstherrn gedeckten - im Beitrag ist allerdings noch Ex-Innenminister Kanther genannt - Geheimdienstmitarbeiter operierten mit einer „Verfassungsideologie“, die die politische Freiheit auf's Spiel setze, gemeint ist hier natürlich von rechts. Exemplarisch versucht Schüßlburner seine Schlußfolgerungen nachzuweisen am Beispiel des bei der Behörde angestellten Rechtsextremismusexperten Armin Pfahl-Traugher, auch regelmäßiger Autor für den „blick nach rechts“. Schüßlburner kommt nicht umhin, diesem wegen seiner „Definition des >Rechtsextremismus<“ linksextremistische Sympathien zu unterstellen, gar Zweifel an dessen Verfassungstreue aufkommen zu lassen (46,47/98). Aufatmend wird von der JF konstatiert, daß an der Schwelle zum neuen Jahrtausend „die Vergangenheit im Begriff ... (sei), zu vergehen“, wovon angeblich auch die öffentlichen Reaktionen auf die „Replik Bubis“ auf Martin Walser zeugten (47/98). Kein großes Lob erhält die Konkurrentin im rechtsextremen Lager, die Monatszeitschrift „Nation+Europa“. Der werden unzureichende intellektuelle Debattenführung, mangelnde kulturelle Ausrichtung und nicht erfolgte Öffnung nach außen vorgeworfen. Keinesfalls distanziert man sich jedoch von der eindeutig rechtsextremistischen Orientierung der Publikation (47/98). Im nächsten Heft lamentiert dann der professorale Linksextremismusexperte Hans-Helmuth Knütter über die amtliche Gesinnungsschnüffelei, wobei er Schüßlburner beipflichtet. Wegen einer „legalen, legitimen, ja notwendigen >Meinungsäußerung<“ würde man da einfach in den Verdacht des Rechtsextremismus gerückt. Es stelle sich daher für ihn (Knütter) die Frage, wer eigentlich die Verfassung gefährdet (48/98). Rückendeckung für ihre Positionen zieht die JF offensichtlich aus Walsers Ausführungen: Klaus Hornung gibt zu bedenken, daß auch die Deutschen seit 1933 Opfer waren und es eben nicht besser gewußt hätten. Ausgelöst worden sei der 2. Weltkrieg sowieso durch den „Pakt der Diktatoren“ von 1939. Indirekte Schelte wieder für Ignatz Bubis, als Kronzeuge für dessen unberechtigte Kritik an Walser wird neben Klaus von Dohnanyi Michael Wolffsohn aufgeboten, der Bubis' Rücktritt vorgeblich für die „deutschen Juden“ forderte. Im Fragebogen bekennt Siegfried Bublies, Herausgeber der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“, daß er am liebsten in Ostpreußen, dem Land seiner Vorfahren weilte (48/98). (gn)

Bücherschau

„Erziehungslehre“

1997 veröffentlichten die Journalisten Guido und Michael Grandt ein „Schwarzbuch Anthroposophie“, das die Lehre von Rudolf Steiner als okkult-rassistische Weltanschauung entlarven sollte. Nach Erscheinen kam es zu heftiger Kritik an den damit verbundenen Aussagen von Anthroposophen und Waldorf-Vertretern. Nun legen die Autoren eine weitere Veröffentlichung vor, in der sie neue Belege für ihre zentralen Aussagen zur ideologischen Einordnung Steiners liefern und eine Kritik von seiner „Erziehungskunst“ damals und heute vornehmen wollen. Die Autoren wenden sich gegen den Ruf der Anthroposophie als toleranter Weltanschauung sowie den Ruf der Waldorfpädagogik als einer Kreativität und Selbstwertgefühl fördernden Alternative zum Unterricht in einer Regelschule. Steiner erscheint bei den Autoren als Vertreter eines neuen Okkultismus, der das Esoterische ganz in das Öffentliche hineinstellen wollte. Er habe sich als okkult „Eingeweihter“ verstanden, der mit einer übersinnlichen Welt Kontakt hatte und aus diesem „geistigen Schauen“ später seine Anthroposophie als „Geisteswissenschaft“ entwickelte. Für die Grandts vertrat Steiner rassistische Auffassungen, stellte die Menschheit nicht nur in Rassen dar, sondern argumentierte auch mit Bewertungen, die etwa in den Weißen jene sahen, welche das Menschliche in sich entwickelten. Ziel seiner Erziehungslehre sei, eine Elite zu bilden. Diese von übersinnlichen Elementen geprägte Lehre sei auch die Grundlage der Waldorf-Pädagogik, so daß für die Autoren eine Trennung zwischen weltanschaulich neutraler Erziehung und Anthroposophie als eigenständiger Lehre nicht möglich erscheine. Die Grandts liefern für ihre Auffassungen eine Fülle von Belegen. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen Hinweise auf Steiners in ethnischen Kategorien gehaltene biologistische Denken, das auch rassistische Kommentierungen ermöglichte. Angemerkt wird aber, es gehe nicht über den Anfang des 20. Jahrhunderts in gewissen Kreisen üblichen Rassismus hinaus. Dies entlastet seine Anhänger nicht, sich kritisch mit den diesbezüglichen ideologischen Prägungen Steiners auseinanderzusetzen. Die Waldorf-Schulen andererseits mögen weltfremde Mentalitäten befördern, nicht aber rassistisches Gedankengut.

Armin Pfahl-Traugher

G.u.M. Grandt, Waldorf Connection. Rudolf Steiner und die Anthroposophen, Aschaffenburg 1998.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Unter dem Motto „Freiheit für Frank Schwerdt - Schluß mit den politischen Prozessen“ wollen mehrere neonazistische Gruppen am 5. Dezember in Berlin protestieren. Zur Kundgebung werden laut Ansagedienst des „Nationalen Infotelefon Hamburg“ von Andre Goertz, ehemals Hamburger Landesvorsitzender der FAP, Busfahrten aus verschiedenen Regionen Deutschlands angeboten. Der 55jährige Schwerdt, Mitglied im Bundesvorstand der NPD, sitzt in der Justizvollzugsanstalt Tegel seit Juni eine neunmonatige Haftstrafe wegen Verbreitung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen ab, Ende Oktober wurde er zu weiteren sechs Monaten verurteilt. Den Knaustaufenthalt bezeichnete Schwerdt jüngst in einem Brief an Ursel Müller, die Vorsitzende der Neonazi-Knastorganisation HNG als „Alptraum“.

■ **Berlin** - „Wir sind Nationale Sozialisten, die der Bewegung treu ergeben sind“ - so charakterisieren sich selbst die Macher von „Radio Germania“, das erstmals im April 1996 unter der Bezeichnung „Radio Deutschland“ auf Sendung ging, auf ihrer Homepage. Als verantwortliche Personen werden die Neonazis Mike Penkert, Christian Wendt und Rudolf Bachstein genannt.

■ **Brandenburg/Havel** - Das neonazistisch geprägte Skinzine „Wachturn“ warnt vor dem Gesinnungskameraden Mike Selle (alias Mike Danowski, geb. Mike Nasetkin). Vorgeworfen werden Selle u.a. Kameradendiebstahl und die „Herbeiführung von Provokationen innerhalb der nationalen Skinheadbewegung“. Ebenso zeichne Selle für ein nicht existentes Netzwerk namens „Aryan Nation Front - Skin Head Network“ (ANF-SH Network) verantwortlich. Der Warnung vor Selle haben sich u.a. die das neonazistische Knastblättchen „Weißer Wolf“, die Neonazi-Skin-Hools-Schrift „United Skins“, die „Knastkameradschaft Brandenburg“ und „Combat 18“ angeschlossen. Selle wurde im Sommer 1993 wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling in Frankfurt/Oder zu sieben Jahren Haft verurteilt. Zu seiner Verurteilung erschien er in SS-Uniform.

■ **Hamburg** - Die DVU ist vor dem Hamburger Verfassungsgericht mit der Anfechtung der Bürgerschaftswahlen vom 21. September 1997 ge-

scheitert. Die Klage wurde abgeschmettert. Die Partei, vertreten durch Gerhard Frey junior, führte an, sie sei im Wahlkampf behindert worden. Des weiteren wurde moniert, daß Wahllokale angeblich zu spät öffneten, daß Stimmen falsch ausgezählt, bzw. vorsätzlich DVU-Stimmen unkenntlich gemacht worden seien. Das Gericht nannte die Vorwürfe nicht stichhaltig, da sie „nicht hinreichend belegt“ wurden. Der DVU fehlten damals 190 Stimmen für den Einzug in das Landesparlament.

■ **Hamburg/Berlin** - Der Vorsitzende der rechtsextremen „Deutschen Konservativen“, Joachim Siegerist, soll versucht haben, am 15. November mit einem Lufthansa-Ticket nach Israel einzureisen. Dies berichtete die in Berlin erscheinende Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Die israelische Botschaft habe Siegerist allerdings mitgeteilt, daß seine Einreise unerwünscht sei, so die „Junge Freiheit“. Bereits am 9. November war einer Delegation der „Deutschen Konservativen“ unter Leitung von CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer die Einreise nach Israel verwehrt worden.

■ **Hamburg** - In der aktuellen Ausgabe der von der neurechten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft und Synergon Deutschland“ (DESG) herausgegebenen Schrift „DESG-inform“ findet sich ein mehrseitiges Positionspapier des nationalrevolutionären Theoretikers Reinhold Oberlercher (55). Unter der Überschrift „Material zur wirtschaftspolitischen Diskussion. Raumorientierte Volkswirtschaft gegen Globalisierung“ polemisiert der Hamburger Privatdozent in bekannter Manier gegen die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus. „Es ist also der deutsche nationale Einheitsmarkt mit seiner staatlichen Volkswirtschaftsordnung wiederherzustellen, wie ihn Bismarck 1871 begründete, Hitler 1933 zum >Geschlossenen Handelsstaat< (Fichte, 1800) weiterentwickelt und 1938 erweitert hat, wie ihn Ludwig Erhard in den 1950er Jahren unter äußerst reduzierten Rahmenbedingungen noch behauptet hat“.

■ **Hamburg** - In der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Blattes „Zentralorgan“ ist ein Interview mit dem US-amerikanischen Rechtsextremisten William Pierce, Vorsitzender der „National Alliance“ (NA) veröffentlicht. Pierce ist Verfasser des rechtsterroristischen Standardwerkes „Turner Diaries“ („Turner-Tagebücher“). Das Zentralorgan charakterisiert Pierce als „heute führenden theoretischen Kopf der patriotischen Sezen seines Heimatlandes“. Angesprochen auf Kontakte zur rechtsextre-

men Szene in der Bundesrepublik erklärte Pierce, der intensive Beziehungen zur NPD/JN unterhält, im Interview, daß einer „Ausweitung der Zusammenarbeit nichts im Wege“ stehe, da „beide Seiten von einem Zusammenwirken über die Grenzen hinweg nur profitieren können.“

■ **Hermisdorf/Königstein** - Die sächsische NPD führte am 28. November in Hermisdorf im Landkreis Döbeln unter massivem Polizeiaufgebot ihren Landesparteitag durch. Unter den rund 110 Parteimitgliedern und Gästen soll sich nach Informationen der örtlichen Presse auch der 69jährige Rechtsextremist Manfred Roeder befunden haben. Eine von der NPD angekündigte Veranstaltung mit Manfred Roeder für Sonntag den 29. November, in einem Hotel in Königstein fand wegen Kündigung des Mietvertrages durch den Wirt nicht statt.

■ **Karlsruhe** - Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe kassierte ein Urteil des Landgerichts Schwerin. Dort wurde im vergangenen Jahr Sven Krüger zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er als Rädelsführer einer Gruppe junger rechtsextremer Schläger überführt wurde. Der Trupp hatte im Juli 1996 in brutalster Weise einen Campingplatz am Plauer See in Mecklenburg-Vorpommern überfallen und eine Jugendgruppe aus Kleve (NRW) attackiert. Der BGH sah die Mindeststrafe für die Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung unterschritten. Jetzt muß Krüger mit einem höheren Strafmaß rechnen. Darüber hat erneut das Landgericht Schwerin zu befinden.

■ **Kiel** - Die von dem Rechtsextremisten Dietmar Munier angeführte „Aktion Deutsches Königsberg“ sucht für ihre Aktivitäten in „Nord-Ostpreußen“ einen „neuen hauptberuflichen Geschäftsführer“. Laut Ausschreibung im aktuellen Rundschreiben der „Aktion Deutsches Königsberg“ handelt es sich „um eine angemessen bezahlte Vollzeitstelle mit Dauerstandort Trakehnen“. Für die Stelle werden „Fähigkeiten zur effektiven Führung eines Betriebes mit 70 Mitarbeitern, Kenntnisse des Baugewerbes und Handwerkes, Verhandlungsgeschick mit russischen Behörden, ggf. Russischkenntnisse“ vorausgesetzt. Bewerbungen mit Foto sind an die „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH“ in 24236 Selent zu richten.

■ **Langen/Schwabach** - Der einstige Kühnen-Adlatus Thomas Brehl, bisher Sprecher der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“ eines losen Zusammenschlusses einst führender Neo-

nazi-Kader, hat mitgeteilt, daß die „Initiative jede Öffentlichkeitsarbeit ... eingestellt“ habe. Zur „vorzeitigen Entlassung des Kameraden Gottfried Küssel“ hätten die Maßnahmen nicht beigetragen. Im Gegenteil, so Brehl, „liegt die Vermutung nahe, daß unsere (öffentlichen) Aktivitäten kontraproduktiv sein würden und die Chance für Gottfried Küssel nach Zweidritteln seiner Strafe vorzeitig entlassen zu werden, eher mindern als fördern würden“. In dem Schreiben ist als Kontaktanschrift die Postfachadresse des Neonazis Sven Schlechta im bayerischen Schwabach angegeben.

■ **Mannheim** - In dem neonazistischen Skinzine „Der Feldzug“ aus Mannheim wird dem „nationalsozialistischen Dissidenten und Gefangenen des >Rechtsstaats brd<“, Stefan Michael Bar (22) gedankt, „der trotz Gefangenschaft gute Arbeit für die Szene und unser Heft leistet“. Bar wurde im Oktober 1997 vom Amtsgericht Mannheim wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. In einem Interview mit dem „Feldzug“ schildert Bar seine „politische Laufbahn vor der Haft“. Demnach hatte er „die ersten Berührungen mit dem NS“ während seiner Gymnasialzeit als 13jähriger. Mit 15 Jahren beteiligte sich Bar an NPD-Propaganda-Aktionen, er trat der FAP bei, die kurz darauf verboten wurde. Eine neue politische Heimat fand Bar dann beim „Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte ...“ und der „Aktion Sauberes Deutschland“, beide Organisationen gehören zum Umfeld des rheinland-pfälzischen Neonazis Ernst Tag, der sich zwischenzeitlich ins Privatleben zurückgezogen hat. Bar trat dann in die HNG ein und schloß sich 1995 der „Nationalen Volksfront Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ an. Mitte 1996 wurde er NPD-Mitglied.

■ **Nürnberg** - Der Herausgeber des rechtsextremen Blättchens „Denk Mit!“ und Nazi-Esoteriker Klaus Huscher (Jg. 1931) hat sich als einer der Finanziere des holocaustleugenden „Leuchter-Gutachtens“ geoutet. Dies ist einem 15seitigen Pamphlet zu entnehmen, daß der Vorsitzende des „Volksbundes Deutsches Reich“ (VBDR), der nur die Reichsverfassung von 1919 als rechtmäßig anerkennt, dem Nürnberger Gericht (die „sogenannte >Staatsanwaltschaft< und das sogenannte >Landgericht<“) zukommen ließ. Der Holocaust, so Huscher, wurde erst in der „Dramatisierung“ nach 1945 erfunden. Huscher beklagt, daß im Laufe der Jahre „über 20.000 Exemplare“ seiner Zeitschrift „Denk Mit!“ wegen Volksverhetzung beschlagnahmt wurden.

■ **Schwarzenborn/Knüll** - In seinem jüngsten Rundschreiben leckt der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder (69) seine Wunden. „Natürlich war der Wahlausgang enttäuschend.“ Einen Grund für sein in absoluten Zahlen unbefriedigendes Ergebnis sieht Roeder darin, „daß bei der Auszählung massiv gefälscht wurde“. Im Vergleich zu seinen Parteifreunden bekam Roeder „mit Abstand die meisten Stimmen von allen NPD-Kandidaten in Mecklenburg-Vorpommern“, nämlich 2,1 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis Stralsund/Rügen/Grimmen. Roeder tröstet in seinem Schreiben die zahlreichen Spender für seinen Wahlkampf und seine Person. „Nein, keine Spende, kein Einsatz war vergebens.“ Allerdings wird diese Einschätzung selbst im Hause Roeder von Ehefrau Gertraud nicht geteilt. „Leider hat sich meine Frau nach Jahren der Kritik jetzt im Wahlkampf endgültig von meiner Arbeit distanziert ...“ Zudem handelte sich Roeder eine erneute Anklage ein. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Roeder habe bei einer Wahlkampfveranstaltung in Upahl (Kreis Grevesmühlen) bei Schwerin den Holocaust geleugnet.

■ **Villingen/Schwenningen** - Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) hat das zwischen REP-Parteichef Rolf Schlierer und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey zustandegekommene Treffen begrüßt. „Diese Zusammenkunft ist das Ergebnis eines Drängens, das die Deutsche Liga schon vor Jahren begonnen hat. Wir haben stets gesagt: Ohne rechte Kooperation kann es keine dauerhaften und tragfähigen Wahlerfolge geben. ... Jetzt setzt sich unsere Auffassung ... durch“, erklärte der DLHV-Vorsitzende Jürgen Schützinger in einer Pressemitteilung. Für Schützinger kommt das Schlierer/Frey-Treffen „einer Rehabilitierung aller Einigungsbefürworter gleich“. Die angekündigten Absprachen gingen gar noch darüber hinaus, „was zunächst für möglich gehalten worden war.“

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Der „Front National“-Chef Jean-Marie Le Pen ist wegen rassistischer Äußerungen zu einer Geldstrafe in Höhe von rund 3.000 Mark verurteilt worden. Er hatte im August 1996 ausgeführt, er sei von der „Ungleichheit der Rassen“ überzeugt. Auch FN-Chef-Ideologe Bruno Mégret erhielt eine Geldstrafe in dieser Höhe; er sprach sich im Februar 1997 von der „Überlegenheit einer Rasse über die andere“ aus. Le Pen hat angekündigt, gegen das Urteil des Versailler Be-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

rufungsgerichts, das ihm für ein Jahr das passive Wahlrecht entzogen und eine dreimonatige Gefängnisstrafe auf Bewährung ausgesprochen hatte, in Revision zu gehen.

■ **Italien (Bozen)** - Bei den Landtagswahlen in der autonomen italienischen Provinz Südtirol am 22. November konnten die gewendeten Postfaschisten der „Alleanza Nazionale“ ihren Stimmenanteil von 11 Prozent halten, die abgespaltene neofaschistische „Un Italia“ erzielte mit 2,3 Prozent einen Sitz. Bei der deutschsprachigen Rechten behielt die „Union für Südtirol“ ihre zwei Mandate, der Ableger der gleichnamigen österreichischen „Freiheitlichen“ erreichte nur noch einen Sitz.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto